

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 176 (2010)

Heft: 01/02

Artikel: Privatfirmen in der internationalen Sicherheitspolitik : neue
Dimensionen

Autor: Mantovani, Mauro

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-109325>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Privatfirmen in der internationalen Sicherheitspolitik: Neue Dimensionen

Private Militär- und Sicherheitsfirmen (PMSCs) sind in unserem Jahrzehnt zu zentralen Akteuren in Stabilisierungsoperationen geworden. Allein amerikanische Firmen erfüllen im Irak und in Afghanistan mit Zehntausenden von Mitarbeitern Aufträge in der Höhe dreistelliger Milliarden-Dollar-Beträge jährlich. Dieses Volumen wird zwar mit dem Abzug der US-Streitkräfte aus dem Irak absehbar schrumpfen. Die mannigfaltigen Leistungen der PMSCs sind aber auch in Zukunft unverzichtbar.

Mauro Mantovani

Gemäss Herfried Münkler kennzeichnen sich die «neuen Kriege» des 21. Jhs. wesentlich durch Privatisierung: Die Konflikt Räume werden von War Lords, Milizen, Rebellen, Terroristen und Söldnertruppen bevölkert, aber auch von Sicherheitsfirmen im weiteren Sinne. Private Militär- und Sicherheitsfirmen (Private Military and Security Companies/Corporations/Contractors, PMSCs) haben vor allem im Irak und in Afghanistan eine nie gesehene Grössenordnung erlangt, aber auch eine qualitative Ausweitung erfahren: Standen in den 1970er Jahren besonders in Schwarzafrika «Söldner» im Kampfeinsatz, so übernahmen jetzt PMSCs verschiedene, darüber hinausgehende Dienstleistungen, die oft nicht scharf voneinander abgrenzbar sind: Personen-, Objekt- und Transportschutz, taktische und technische Beratung und Ausbildung sowie logistische Unterstützung – zu Gunsten von Regierungen, aber auch von internationalen Organisationen, NGOs oder

Privatkonzernen. Mittlerweile sind die Kampfeinsätze volumenmässig relativ unbedeutend: PMSCs bevorzugen die logistische Unterstützung und Ausbildungshilfe, da weniger gefährlich und ebenso lukrativ...

Im Schatten der Diskussionen über Fehlleistungen etwa von Blackwater im Irak sowie über politische Interessenkonflikte und unlautere Geschäftstätigkeit in der Branche (vgl. Dick Cheney's Doppelrolle als US-Vizepräsident und CEO von Halliburton) wurde die Problematik PMSCs in zahlreichen wissenschaftlichen Werken (vgl. eine Auswahl im Kasten S. 31) beleuchtet.

Ein boomendes Business

Der Erfolg der PMSCs wird mit Angebot und Nachfrage erklärt, die beide jahrelang anstiegen: Massive Überbestände an ausgebildeten Soldaten und vor allem Klein- und leichten Waffen, die nach dem Kalten Krieg den Markt überschwemmten, gleichzeitig – auf der Nachfrageseite – postheroische Gesellschaften mit geringer

Akzeptanz eigener Verluste; ein konservatives bzw. neoliberales Denken seit den 1970er Jahren, das nach einem schlanken Staat rief und bis dahin staatliche Aufgaben privatisierte; verstärkt durch «9/11», welches die kurz zuvor formulierte Privatisierungsstrategie von Präsident Bush entfesselte. Sodann der Rückzug der Grossmächte aus Weltregionen, die nach dem Kalten Krieg «geostrategisch» uninteressant wurden, so dass dort latente Konflikte wieder aufbrachen und sich die Staatengemeinschaft zu verstärktem militärischem Engagement veranlasst sah. Und im Hintergrund von alledem lief, getrieben von der zivilen Industrie, eine militärtechnologische Revolution im Zeichen der «netzwerkzentrierten Kriegführung», die Waffensysteme so komplex hat werden lassen, dass die regulären Streitkräfte für ihre Bedienung auf externe (IT-)Spezialisten angewiesen sind – sogar während militärischen Operationen.

Umstrittene Bewertung

Über den Nutzen von PMSCs widersprechen sich deren Befürworter (die oft zugleich Auftraggeber sind) und Kritiker in praktisch jedem Punkt:

Als Vorzug wird angeführt, PMSCs seien rasch verfügbar und flexibel – und würden so den regulären Streitkräften besonders bei Belastungsspitzen ermöglichen, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren. Kritiker halten dem entgegen, dass die PMSCs zwecks Gewinnsteigerung ihre Aufträge minimalistisch erfüllen und sich um die Nachhaltigkeit der Stabilisierung füttern. Auch wird die logistische und operationelle Abhängigkeit der regulären Streitkräfte von den PMSCs moniert, etwa

Schwierige völkerrechtliche Einordnung

Das Söldnertum ist durch das 1. Zusatzprotokoll von 1977 (Ziffer 47) zu den Genfer Abkommen von 1949, durch eine Konvention der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) von 1977 sowie durch eine spezifische UN-Konvention von 1989, die auch für nicht-internationale Kriege gilt, verboten. Entsprechend gering ist der rechtliche Schutz, den die PMSC-Angehörigen als «illegale Kombattanten» geniessen. Die Definition des Söldners in diesen drei Konventionen ist jedoch so

eng, dass die meisten PMSC-Mitarbeiter mühelos davon ausgenommen werden können.

PMSC-Angehörige gelten juristisch als Kombattante (falls einer staatlichen Partei bzw. ihren Streitkräften formell unterstellt). Solange sie nicht «unmittelbar» an Kampfhandlungen teilnehmen, geniessen sie gar den Schutz von Zivilisten. Nur in nicht-internationalen Konflikten sind sie rechtlich schlecht geschützt (wie alle Teilnehmer).

wenn in Afghanistan die modernsten Aufklärungsdrohnen («Global Hawk») durch eine Privatfirma betrieben werden. Zumindest kompliziert die Präsenz von PMSCs auf dem Gefechtsfeld die Operationsführung der regulären Truppen und hat etwa im Irak schon dazu geführt, dass letztere in eigenmächtige Operationen von PMSCs eingreifen mussten.

Ebenfalls umstritten ist das Argument, PMSCs seien politisch funktional, weil sich der Auftraggeber von ihrem Tun notfalls distanzieren könne und auch für ihre Verluste keine Verantwortung übernehmen müsse. Diese Funktionalität hat ihren Preis im Mangel an demokratischer Kontrolle des Business und in der Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols. In historischer Betrachtung relativiert sich allerdings dieser Vorwurf insofern, als auch nach dem Westfälischen Frieden dieses Gewaltmonopol eher die Ausnahme als die Regel war. Dies gilt auch für den Vorwurf, besonders Militärfirmen neigten zur Missachtung der Menschenrechte: Auch diesbezüglich sollte der reguläre Krieg nicht idealisiert werden.

Hart angefochten wird schliesslich die Behauptung, die Nutzung von PMSCs sei kosteneffizient. Zwar fakturieren die Firmen nur für die Dauer eines Einsatzes. Diese Rechnungen sind aber oftmals überhöht und wegen der Besonderheit der «Dienstorte» kaum nachvollziehbar. Noch schwieriger ist eine Vollkostenrechnung, die berücksichtigen müsste, dass PMSCs vielfach von den Ausbildungsleistungen regulärer Streitkräfte profitieren und diese durch Abwerbung personell und psychologisch schwächen. Auch ist der «freie» Markt der PMSCs zuweilen nicht wirklich kompetitiv: Wenn Aufträge überhaupt öffentlich ausgeschrieben werden, so sind



Aus «Blackwater Worldwide», Inbegriff des modernen Söldnertums, wurde 2007 «U.S. Training Center», 2009 «Xe Services». Häufige Namensänderungen sind charakteristisch für den raschen Wandel der Branche.

doch ausländische Bewerber meist chancenlos: Für die Dienste im Irak etwa gab es faktisch ein Monopol auf der Nachfrageseite (die nationalen Behörden) und ein Oligopol mit wenigen spezialisierten Firmen auf der Angebotsseite.

Augenscheinlich fällt die Bilanz der PMSC-Leistungen nicht so negativ aus, wie ihre Gegner meinen, aber auch nicht so gut, wie ihre Befürworter denken. Letztlich hat eine faire Beurteilung jeden Einzelfall gesondert zu betrachten.

Ansätze zur Regulierung

PMSCs versuchen sich natürlich durch das Image von Seriosität und Legalität auf dem Markt zu behaupten. Entsprechend haben sich viele Firmen in Interessenverbänden zusammengeschlossen, die Verhaltensregeln (Codes of conduct) verabschiedeten (z. B. International Peace Operations, Association of Private Security Companies) und auch Untersuchungen zulassen. Aber die Marktkräfte allein vermögen die Schattenseiten des Phänomens nicht zu beseitigen. Deshalb gehen auf nationaler Ebene die Bestrebungen dahin, von den PMSCs zu verlangen, sich bei den Behörden des Gastlandes zu registrieren und sich zu finanzieller und operationeller Transparenz sowie Verifikation zu bekennen. Offenbar setzen aber auch die Auftraggeber und die Gastländer – als politisch und juristisch Verantwortliche – ihre

Rechte gegenüber den PMSCs nicht immer durch. Und wenn dies einmal geschieht, bleibt den ohnehin transnational ausgerichteten Firmen in der globalisierten Welt immer noch, ihren Geschäftssitz in «liberalere» Staaten zu verlegen.

Handlungsbedarf besteht somit auch auf internationaler Ebene, wobei eine UN-Konvention oder gar ein Totalverbot von PMSCs illusorisch wären. Deshalb hat eine Reihe von Staaten den bescheidenen Ansatz einer Deklaration gewählt: Ein von der Schweiz zusammen mit dem IKRK 2006 lancierter Prozess führte 2008 zum «Montreux»-Dokument. Darin werden bestehendes Recht in Erinnerung gerufen und Regeln für die Respektierung des humanitären Völkerrechtes formuliert. Zu den 17 Unterzeichnerstaaten gehören mit den USA, Grossbritannien und Südafrika die drei grössten Auftraggeber von PMSCs, wobei gerade diese Staaten die Regulierung der Branche bestimmt nicht allzu weit treiben wollen.

Schweizer Aussenpolitik am Rande betroffen

Die Schweiz hat zur Durchsetzung ihrer Interessen im Ausland nur wenige Firmen engagiert und dies überwiegend im Soft-Power-Bereich (z. B. Mine Action). Eine Ausnahme war die südafrikanische Firma Meteoritic Tactical Solutions, welche das Verbindungsbüro des EDA in Bagdad schützte. Damit stellen sich für unser Land kaum politische Probleme, allenfalls solche der Finanzierung und der Korruptionsverhinderung. Eine Verordnung vom Oktober 2007 macht Aufträge des Bundes davon abhängig, dass Bewerber einen Verhaltenskodex befolgen, dass sie ihr Personal sorgfältig rekrutieren und angemessen ausbilden (v. a. im Gewalteinsatz, aber auch bezüglich Korruption und Risiken des Einsatzes), dass sie solvent sind und über eine Haftpflichtversicherung, über Felderfahrung und über Referenzen verfügen sowie einer Berufsvereinigung angehören. ■

Mauro Mantovani Vorlesung «Einführung in die Klassiker des strategischen Denkens und der Kriegstheorie», freitags 10.15–12.00 Uhr, an der ETH Zürich, ist öffentlich.



Dr. phil.
Mauro Mantovani
Dozent Strategische Studien, MILAK/ETHZ
Strategische Studien
8903 Birmensdorf ZH

Weiterführende Literatur

- Georg Pfeiffer, Privatisierung des Krieges? Zur Rolle von privaten Sicherheits- und Militärfirmen in bewaffneten Konflikten, Stuttgart (Franz Steiner) 2009.
- Herbert Wulf, Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden, Baden-Baden (Nomos) 2005.
- Thomas Jäger, Gerhard Kümmel (eds.), Private Military and Security Companies. Chances, Problems, Pitfalls and Prospects, Wiesbaden (VS-Verlag) 2007.

vgl. auch www.privatemilitary.org